Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 158. | Dresden, Donnerstag den 11. Juli 1912. | 23. Jahrg.

Vermögen oder Erbschaft.

Wenn wir den Berliner Politischen Nachrichten, einer häufig von Regierungsstellen benützten Korrespondenz, glauben dürfen, dann ist sich das Reichsschatzamt darüber schlüssig geworden, welche Steuern als Besitzsteuern im Sinne des Kompromisses Erzberger-Bassermann nicht ansehen kann. Es lehnt sowohl die eventuell von einer sogenannten Veredelung begleitete Erhöhung der Matrikularbeiträge der Einzelstaaten wie die Dividendensteuer ab. Nach der positiven Seite hin ist das Amt aber nicht zu einem so klaren Ergebnis gelangt. Weniger wohl weil ihm das Talent als weil ihm die Traute fehlte. Da will Herr Kühn nicht vorgreifen. Er überläßt dem Bundesrat die Entscheidung und unterbreitet ihm zur gefälligen Auswahl den Entwurf einer Reichsvermögenssteuer mit verschiedenen Varianten (Vermögenszuwachssteuer u. dergl.) neben Entwürfen für die Einführung von Erbschaftssteuern.

Immer vorausgesetzt, daß die Mitteilungen der Korrespondenz zutreffen, hat also jetzt der Bundesrat Gelegenheit, sich den Kopf zu zerbrechen, und nach allen Erfahrungen der Vergangenheit wird es ihm nicht ganz leicht sein, einen Entschluß zu fassen. Je reichhaltiger die Kollektion ist, die ihm das Schatzamt vorlegt, um so schwieriger wird die Wahl sein, und wer weiß, ob das nicht am Ende sogar ein wenig die Absicht war. Selbstverständlich ist er auch keineswegs genötigt, sich an die Vorschläge des Schatzsekretärs zu halten. Was der verworfen hat, kann der Bundesrat wieder aufgreifen, und die Agrarier werden ihren ganzen Einfluß aufbieten, um die von Herrn Kühn beiseite geschobenen Vorlagen wieder zu Ehren zu bringen. Hat sich doch eben erst wieder der Ausschuß des Deutschen Landwirtschaftsrates für die Erhöhung der Matrikularumlagen ausgesprochen, und ist doch die Dividendensteuer eines der Lieblingspferde des konservativen Reiters. Die Agrarier wollen es nicht wahr haben, daß, wie die erwähnte Korrespondenz sagt, eine Lösung des Besitzsteuerproblems auf dem Wege über die Dividendensteuer mit dem Grundgedanken der Resolution Erzberger-Bassermann nicht vereinbar sei, und die Gründe, die das Reichsschatzamt angeblich gegen die „Reform" der Matrikularbeiträge anführt, werden ihnen ebenfalls nicht als stichhaltig gelten.

Es heißt, daß sich das Amt auf die Ablehnung des Gamphschen Besitzsteuerkompromisses von 1909 berufe. Dieses lief bekanntlich darauf hinaus, die verhaßte Erbschaftssteuer durch eine von Reichswegen den Bundesstaaten auferlegte Steuer zu ersetzen, die sich beim besten Willen nicht als eine einer direkten Reichssteuer gleichwertige Belastung des Besitzes ansprechen ließ. Die verbündeten Regierungen gingen aus finanzpolitischen und finanztechnischen Gründen nicht auf den Vorschlag ein, und das Reichsschatzamt ist der Meinung, daß die damaligen Bedenken auch heute noch in vollem Umfange bestehen.

Nun wird ihm die Rechte aber zweifellos vorhalten, daß auch gegen eine Reichsvermögenssteuer von den verbündeten Regierungen bisher stets lebhafte Einwendungen erhoben worden seien, und wenn der Bundesrat dieses ihm vorgelegte Projekt debattiert, wird er daran erinnert werden, wie er sich bei den Finanzreformen von 1906 und 1909 zu ihm gestellt hat.

Im Jahre 1906 stellten die Sozialdemokraten in der Kommission den Antrag auf Einführung einer Reichseinkommen- und Vermögenssteuer. Aber sowohl der Schatzsekretär Freiherr v. Stengel wie der preußische Finanzminister v. Rheinbaben erklärten den Antrag, der weder materiell noch formell durchführbar sei, für völlig unannehmbar. Die Verteidigung der Abgeordneten Bernstein und Singer hatte keinen Erfolg: der Vorschlag wurde abgelehnt. Im Plenum wurde er zum Teil von der Freisinnigen Volkspartei wieder aufgenommen. Sie forderte die Reichsvermögenssteuer im Zusammenhang mit dem neuen Flottengesetz. Die Vermögen im Betrage von mehr als 100 000 M. sollten herangezogen werden, und der Abg. Müller-Meiningen wies darauf hin, daß eine Vermögenssteuer gewissermaßen ein Korrelat zu der von der Regierung vorgeschlagenen kleinen Erbschaftssteuer sei. Die Sozialdemokratie erklärte sich auch für diesen Antrag, aber auch er wurde verworfen, nachdem der Schatzsekretär versichert hatte, daß die verbündeten Regierungen einmütig entschlossen seien, jeden Versuch, die direkten Steuern, sei es nun in der Form einer allgemeinen Einkommenssteuer, sei es in der einer Vermögenssteuer, auf das Reich zu übertragen, rundweg abzulehnen.

Schon in der Begründung des Finanzreformentwurfs von 1909 wandte sich die Regierung aufs neue gegen den Gedanken einer Vermögensbesteuerung, da diese in Gemeinschaft mit der Einkommenbesteuerung das unentbehrliche Fundament der einzelstaatlichen und kommunalen Finanzwirtschaft bilde. Nichtsdestoweniger beantragten die sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission, die geplanten Steuern auf Tabak, Bier, Branntwein usw. durch eine Vermögens-, Einkommen- und Wertzuwachssteuer zu ersetzen. Ohne Erfolg. Die Freisinnigen und Nationalliberalen schlugen am 6. Februar eine quotisierte Vermögenssteuer vor; die Sozialdemokraten waren dieser Anregung im Prinzip nicht abgeneigt, aber die Finanzminister der Einzelstaaten wehrten sich mit Händen und Füßen, und so versank die Vermögenssteuer aufs neue im Orkus.

Man sieht: die verbündeten Regierungen haben sich gegen eine Reichssteuer auf die Vermögen beinahe noch mit größerer Entschiedenheit verwahrt als gegen eine Aenderung in der Höhe und im System der Matrikularbeiträge, und man darf es also als einen Beweis für die Güte einer von der Sozialdemokratie mit besonderem Nachdruck vertretenen Idee ansprechen, daß das Reichsschatzamt drei Jahre, nachdem sich die Finanzminister der Einzelstaaten scharf gegen die Vermögenssteuer ausgesprochen haben, diese Steuerform dem Bundesrat neben anderen vorlegt. Die lächerliche Behauptung, die Sozialdemokratie sei nicht imstande, positive Arbeit zu leisten, hat sich wieder einmal hübsch Lügen gestraft.

An dieser Tatsache würde auch nichts geändert werden, wenn der Vorschlag nur erfolgt wäre, damit der Bundesrat einen Ausweg aus den Schwierigkeiten der Erbschaftssteuer finde, oder schließlich gar, damit die ganze Situation noch weiter kompliziert wird und sich die Aussichten für das Zustandekommen einer reellen Besitzsteuervorlage bis zu dem durch die Resolution des Reichstags angesetzten Termin noch mehr verringern. Befindet sich die Vermögenssteuer unter den Anregungen des Reichsschatzamts, dann bedeutet das, mögen die Motive sein, welche sie immer sein wollen, einen Triumph für diejenigen, die das Heranziehen der großen Vermögen für die Deckung der Reichsausgaben von jeher gefordert haben.

Die Frage, ob die Steuer auf Vermögen oder diejenige auf die Erbschaften vorzuziehen sei, beantwortet sich für die Sozialdemokratie zunächst dahin, daß sie am besten beide eingeführt werden. Immer unter dem Vorbehalt natürlich, daß wir nicht stark und einflußreich genug sind, die imperialistischen Zwecken dienenden Ausgaben einzuschränken. Im übrigen ist es uns unter finanzpolitischen Gesichtspunkten verhältnismäßig gleichgültig, ob man mit der einen oder der anderen den Anfang macht. Erwägungen allgemein politischer Natur lassen uns allerdings der Erbschaftssteuer den Vorzug geben, denn die ist ja im Laufe der Zeit zu dem Kampfpreis in dem Ringen zwischen der Linken und der Rechten geworden. Die Einführung einer Erbschaftssteuer wäre gleichzeitig ein in seiner moralischen Bedeutung nicht zu unterschätzender Sieg über die Reaktion. Scheitert aber die Erbschaftssteuer am Widerspruch des Bundesrats, so nehmen wir auch die Vermögenssteuer. Wir trösten uns: jene wird dann mit der Zeit schon deshalb um so sicherer kommen, weil sie für die Kontrolle der Vermögenseinschätzungen unentbehrlich ist.

Es versteht sich, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, sobald es zur Einführung einer Reichserbschafts- oder Reichsvermögenssteuer gekommen sein wird, darauf hinarbeiten wird, daß die Besitzsteuer nicht bloß eine Bagatelle und ein Schein bleibt, sondern daß sie kräftig ausgebaut wird, so daß im gleichen Moment bisher bestehende volksbedrückende Steuern beseitigt werden können!

Nationale Sorgen und Staatsgeschenke.

k. Auf dem Berliner Markt und in den Ostseegebieten spielt die englische Kohle eine erhebliche Rolle. Von deutschen Zechenmagnaten wird die englische Kohleneinfuhr als ein Eingriff in ihre angemaßten Rechte betrachtet, dem ganzen Lande für Kohle Preise und sonstige Bedingungen nach Belieben vorzuschreiben. Natürlich wäre es eine durchaus leichte Aufgabe, die englische Konkurrenz auf dem deutschen Kohlenmarkt zu verdrängen — das deutsche Grubenkapital müßte sich nur dazu verstehen, seine Preise den englischen Preisen anzupassen.

Nach der Statistik des oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins betrug der Anteil Westfalens, Oberschlesiens und Englands an der Kohlenversorgung Berlins in Tonnen:

	Westfalen	Oberschlesien	England	Oberschlesiens Anteil am Berliner Konsum
1900	182 215	1029 535	860 042	57,41 Proz.
1901	176 022	1098 715	431 457	56,41 „
1902	169 419	1015 278	328 784	57,62 „
1903	179 279	1076 157	842 601	57,41 „
1904	164 702	910 709	434 547	50,07 „
1905	194 446	1067 185	568 201	52,18 „
1906	253 186	1116 291	481 081	54,51 „
1907	278 005	1119 861	726 290	48,01 „
1908	261 434	979 088	810 630	48,70 „
1909	293 231	964 873	946 102	40,67 „
1910	282 098	863 855	841 078	40,00 „
1911	295 097	778 278	813 286	37,74 „

Auch in den Ostseegebieten hat die Einfuhr englischer Kohlen einen weiteren erheblichen Fortschritt gemacht. Sie ist um 17 vom Hundert gestiegen, während der Bahnversand von oberschlesischen Kohlen nach diesen Gebieten nur eine Steigerung um 14,4 vom Hundert erzielen konnte. Mit besorgter Miene fragt der oberschlesische Berg- und Hüttenmännische Verein, „wie im Falle von kriegerischen Verwicklungen, wenn etwa die Kohlenzufuhren aus England für längere Zeit überhaupt ausbleiben, der deutsche Bedarf an Kohlen gedeckt werden soll, nachdem die Entwicklung des heimischen Steinkohlenbergbaues in denjenigen Zeiten, in welchen sie leicht und bequem möglich war, durch Ueberantwortung großer Teile des deutschen Marktes an die englischen Kohlen künstlich gehemmt worden ist". Nun ist allein das kartellierte Grubenkapital, das jetzt seiner „nationalen" Sorgen Ausdruck gibt, daran schuld, daß ausländische Kohle in dem bisherigen Umfange auf deutschen Märkten erscheint, denn die deutschen Zechen werfen selbst lieber ungeheure Mengen deutscher Kohle zu Preisen, die um die Hälfte und noch mehr billiger sind als sie die deutschen Verbraucher zahlen müssen, nach dem Auslande, ehe sie in deutschen Gebieten zur Verdrängung ausländischer Kohle Preiskonzessionen machen. „Nationale" Töne werden auch von den oberschlesischen Zechenbaronen angeschlagen, um die Zweckmäßigkeit der Verdrängung englischer Kohle zu beweisen. „Das für englische Kohlen ausgegebene Geld von rund 100 Millionen Mark in jedem Jahre", erklärt der schon erwähnte Bericht, „bedeutet einen Tribut an die englischen Bergwerksbesitzer und englischen Reeder, der ohne Beeinträchtigung der Kohlenverbraucher dem inländischen Bergbau und seinen Arbeitern sowie dem inländischen Transportgewerbe zugute kommen könnte, zumal der Import der englischen Kohle meist auf englischen Schiffen stattfindet, die heimischen Reedereien also eine wesentliche Schädigung nicht erleiden würden."

Mit diesen Feststellungen erhebt das deutsche Grubenkapital gegen sich selbst die schwersten Anklagen, denn es hätte es in der Hand, den von ihm beklagten Zuständen ein sofortiges Ende zu bereiten. Wie aber erklärt sich die Unterlassung? Um sich ihre „nationalen" Sorgen verscheuchen zu lassen, verlangen die Grubenherren vom Staate die Vergütung der Differenzen zwischen ihren jetzigen Preisen und denjenigen Preisen, die sie stellen müßten, um der englischen Kohle in Berlin und den Ostseegebieten erfolgreiche Konkurrenz zu machen. Entrichten soll der Staat diese Vergütung in Form von Eisenbahnfrachtermäßigungen. Bisher sind diese „nationalen" Ansprüche der oberschlesischen Zechen, die nicht nur die rentabelsten Deutschlands, sondern der ganzen Welt sind, nicht erfüllt worden, obwohl der Fiskus den Wünschen des oberschlesischen Grubenkapitals doch gewiß überweit entgegenzukommen pflegt. Zur Begründung der anmaßlichen neuen Liebesgabenforderungen wird nun auf die Einrichtung der besonders billigen Kohlenexport-Tarife der Eisenbahnen hingewiesen, die den Anspruch gerechtfertigt erscheinen lassen, daß auch im Binnenlande gegenüber der Auslandskohle die gleichen Ermäßigungen eintreten. Diese Motivierung bricht jedoch in sich zusammen, denn die Gewährung der billigen Tarife für die Kohlenausfuhr ist unverantwortlich, längst hätten diese niedrigen Exporttarife zurückgezogen werden müssen, denn sie sind gleichfalls nur teure Staatsgeschenke an das Grubenkapital. Berechtigung hätten Ermäßigungen der Eisenbahnfrachttarife für Kohlen nur, wenn diese Ermäßigungen dazu führen könnten, die Preiswillkür des Grubenkapitals zu durchbrechen, wenn sie den Verbrauchern zugute kämen und nicht lediglich eine Steigerung der Rente des Grubenkapitals bedeuteten. Die bestehenden billigen Tarife für den Kohlenexport sind mit nationaler Politik unvereinbar, sie sind ein wirtschaftlicher und politischer Skandal.

Deutsches Reich.

Säuglinge im Gefängnis.

Säuglinge im Gefängnis? Unsinn! Kann doch wieder nur eine schamlose Hetzerei gegen die Behörden und die herrschende Ordnung sein! — In der Tat eine aufreizende „Hetzerei", aber nicht von irgend einer „staatsfeindlichen" Seite, die Aufreizung liegt in der Art, wie im Ruhrrevier Streikkinder der Mütter von armen Säuglingen gebüßt werden müssen. In der Folge des Bergarbeiterstreiks sind auch eine große Anzahl Frauen verurteilt worden. Der Zorn über den Verrat der Streikbrecher hatte manche Frau eines Streikenden, die unmittelbar unter dem harten Lohnkampf, den der Familienvater auszufechten hatte, litt, ein bitteres Wort gegen die Verräter auf die Lippen gedrängt. Und die nimmer rastende Gerechtigkeit waltete auch gegen solche Frauen zum Schutze der braven, ehrenhaften Arbeitswilligen. Frauen, Mütter mußten ins Gefängnis wandern, und die **Säuglinge an ihrer Brust konnten die Strafvollstreckung nicht hindern.** War anderweite Pflege nicht möglich, so mußten sie einfach das Gefängnis mit der Mutter teilen — um der Gerechtigkeit willen.

Ein Redakteur des Bochumer Volksblattes hat eine Anzahl Mütter aus verschiedenen Gebieten des Ruhrreviers persönlich aufgesucht und sich von ihnen erzählen lassen, wie es ihnen mit ihren Säuglingen im Gefängnis ergangen ist.

Eine dieser Mütter erzählte: Ich hatte beim Bergarbeiterstreik vorübergehenden Arbeitswilligen „Streikbrecher" nachgerufen. Ein Arbeitswilliger beschwor, gehört zu haben, daß ich auch „Ferkel" gesagt hätte. Ich bekam 5 Tage Gefängnis, die ich im Recklinghauser Gefängnis verbüßte. Mein 5 Monate altes Kind — hier sehen Sie das Würmchen — (ich sah ein Geschöpfchen von blasser Gesichtsfarbe, das guter Luft und gesunder Ernährung äußerst bedürftig schien) wollte ich nicht von der Mutterbrust entwöhnen, hier gibt es so schlechte Milch und die kostet noch 22 Pf. das Liter, da hätte das Kind nicht genügend Nahrung bekommen und ich kann und will auch mein Kind selbst nähren. Mein Mann ging mit nach dem Gefängnis und fragte, was dann mit dem

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120711/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG